

BÜCHER

## Erfolgreich mit Nestbeschmutzung

Seit den Attentaten vom 11. September demonstrieren die Bürger der Vereinigten Staaten Einigkeit und Nationalstolz mit immer größeren Flaggen an allen Fahnenmasten. Umso überraschender daher, dass ausgerechnet die Bücher zweier bekannter Nestbeschmutzer, Noam Chomsky und Gore Vidal, die Bestsellerlisten erstürmten. In den beiden erfolgreichen Bändchen geben die Autoren Amerika selbst die Hauptschuld an den Anschlägen von New York und Washington. Der altlinke Systemkritiker und Sprachforscher Chomsky hat unter dem Titel „9-11“ Interviews zusammengestellt, in denen er seine These darlegt, dass die USA „ein führender Terrorstaat“ seien. Und Vidal, einst als Berater von John F. Kennedy im Zentrum der Macht tätig, legt in seinem Bändchen



„Ewiger Krieg für ewigen Frieden“ mit einem umfangreichen Vorwort Aufsätze über Amerikas bekanntesten hausgemachten Terroristen vor: Timothy McVeigh, der 1995 das Bürohaus der Bundesbehörden in

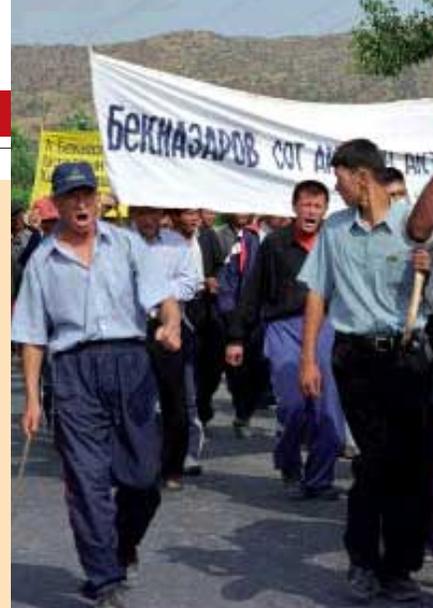
Oklahoma City in die Luft sprengte. Der mittlerweile hingerichtete Oklahoma-Bomber begründete seinen Terrorakt mit Worten, wie sie ähnlich auch von Osama Bin Laden stammen könnten: „Ich orientierte mich am Vorbild der US-Außenpolitik und beschloss, dieser Regierung eine Botschaft zu senden, indem ich ein staatliches Gebäude und die darin befindlichen Staatsbeamten in die Luft sprengte. Die Bombardierung des Gebäudes entspricht moralisch und strategisch der von den Vereinigten Staaten durchgeführten Zerstörung eines staatlichen Gebäudes in Serbien, im Irak oder in anderen Ländern.“ Die Fundamentalkritik, die sich hunderttausendfach verkauft hat, schreckt Amerikas Konservative. Der Anwalt William Bennett, einer ihrer prominentesten Wortführer, warnte davor, dass „entschiedene Hassler Amerikas großen Einfluss an unseren Universitäten und bei Intellektuellen haben“.

Noam Chomsky: „9-11“. Seven Stories Press, New York; 126 Seiten; 8,95 Dollar. Gore Vidal: „Ewiger Krieg für ewigen Frieden“. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg; 133 Seiten; 12,90 Euro.

KIRGISIEN

## Verhängnisvolle Geschenke

Auftragsmorde bringen Staatschef Askar Akajew in Bedrängnis. So wurde am vorvergangenen Wochenende ein südkoreanischer Geschäftsmann in seiner Wohnung mit einem Kopfschuss getötet. Zuvor hatten Unbekannte in der Hauptstadt Bischkek den Ersten Sekretär der Peking-Botschaft sowie einen mit ihm befreundeten chinesischen Geschäftsmann auf offener Straße



Proteste gegen Präsident Akajew in



Staatschef Akajew

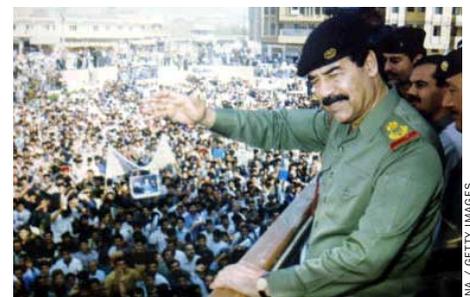


regelrecht hingerichtet. Seither bangt Präsident Akajew um das gute Verhältnis zum großen Nachbarn im Osten, das schon durch weitere Auftragsmorde an zwei Mitgliedern einer chinesischen Delegation belastet war. Die Führung der Volksrepublik argwöhnt, dass hinter diesen Vorfällen uigurische Separatisten der Gruppe „Freies Turkestan“ stecken. Die betrachtet Kirgisien als ihr Hinterland, um von dort aus für die Abtrennung ihrer Heimat, der autonomen Nordwest-Region Xinjiang, von China zu kämpfen. Die kirgisisch-chinesischen Beziehungen waren jüngst getrübt worden, nachdem das Oberhaus des Parlaments in Bischkek neu ausgehandelte Grenzverträge mit dem Nachbarn

IRAK

## Gut gerüstet für den Ernstfall

Während US-Präsident George W. Bush erst vergangenen Montag wieder drohte, „mit allen Mitteln“ Saddam Hussein von der Macht zu vertreiben, intensiviert der Despot seine Vorbereitungen auf einen amerikanischen Militärschlag. Nahezu täglich bestellt der Diktator hohe Offiziere und die Chefs seiner Geheimdienste ein, um die ausgearbeiteten Notstandspläne persönlich zu überprüfen. Für Anfang dieser Woche hat Saddam eine Zusammenkunft des Parlaments anberaumt. In der Sondersitzung sollen ihm die Abgeordneten Vorschläge



Staatschef Saddam

unterbreiten, wie sich das Land zusätzlich auf US-Angriffe vorbereiten könnte. Inzwischen geht auch die Führung in Bagdad davon aus, dass Bush zumindest schwere Luftangriffe anordnet. Um dafür gerüstet zu sein, versucht Saddam nach Informationen arabischer Geheimdienste



der Hauptstadt Bischkek

gekippt und seine Entscheidung erst auf Druck des Präsidenten revidierte. Die Abkommen sehen die Übergabe eines umstrittenen Gebiets von etwa 125 000 Hektar Größe an China vor. Das Entgegenkommen, hofft der Staatschef, werde lebenswichtige Investitionen für das Land sichern, das der Westen wegen Akajews Reformideen vor zehn Jahren vorschnell zur „Schweiz Mittelasiens“ erklärt hatte. China soll in den Ölsektor investieren, sich am Bau einer Eisenbahnstrecke beteiligen und bei festgefahrenen Verhandlungen über einen kirgisischen Stromexport einlenken. Die angeblich „volksfeindliche und verbrecherische“ Gebietsübergabe an Peking mobilisierte Tausende Demonstranten – und verschärfte so jene Krise, die das Land seit dem Frühjahr erschüttert. Die rigorose Verfolgung von Oppositionellen hatte bereits Dauerproteste gegen den „Verfall des Staates“ ausgelöst. Nachdem die Polizei Demonstrationen erschoss, zog Akajew die Notbremse: Er wechselte die Regierung aus.

seit längerem, mit Hilfe der Ukraine seine Flugabwehr zu modernisieren. Die Regierung in Kiew weist diesen Verdacht allerdings zurück. Aber US-Geheimdienste verfügen über Aufzeichnungen von Gesprächen, in denen der Irak sehr konkrete Waffen-Wünsche äußert. So soll Bagdads Vizeministerpräsident Hikmat Misban al-Asawi erst vor wenigen Wochen die Ukraine besucht haben, um Waffentechnik einzukaufen. Zudem arbeiten Saddams Techniker am Ausbau der Bunkersysteme. In Tunneln entstehen Ersatzstudios für TV- und Radioausstrahlungen sowie Fluchträume für die Führung. Auch auf die Zerstörung der zahlreichen Brücken durch US-Bomben ist Saddam bereits vorbereitet. Damit das am Tigris gelegene Bagdad für die Führung nicht zur Falle wird, stehen Pontonbrücken bereit.

## BOLIVIEN Krach um Koka-Kandidaten

In Lateinamerika wächst der Unmut über die Politik der US-Regierung in der Region. Für die Missachtung Washingtons gegenüber seinen südlichen Nachbarn geben die betroffenen Regierungen einer Schlüsselfigur im Außenministerium die Schuld. Der für Lateinamerika-Politik zuständige Otto Reich, ein gebürtiger Kubaner, ist ein konservativer Hardliner, der am liebsten jede Hilfe vom politischen Wohlverhalten abhängig machen würde. Jüngstes Beispiel für die harte US-Linie: Bereits vor der bolivianischen Präsidentschaftswahl Ende Juni hatte der dortige Botschafter gedroht, die Wirtschaftshilfe einzustellen, falls ein bestimmter Politiker an die Macht komme. Der undiplomatische Vorstoß war gegen den Kandidaten Evo Morales gerichtet, der als politischer Vertreter der Koka-Bauern Karriere gemacht hatte. Die USA befürchten, seine Wahl könne ihren Kampf gegen das Rauschgift durchkreuzen. Ihre Botschaft wirbt deshalb im bolivianischen Kongress ganz offen für eine

Allianz gegen Morales. Abgeordnete und Senatoren müssen Anfang August in einer Stichwahl über den neuen Präsidenten entscheiden. Die lateinamerikanischen Staatschefs ihrerseits klagen hinter verschlossenen Türen über die Arroganz des US-Präsidenten. Bush verstehe nichts von Lateinamerika, in Washington herrsche seit dem 11. Sep-



Präsidentschaftsbewerber Morales

tember eine Bunkermentalität, kritisierte jüngst Brasiliens Präsident Fernando Henrique Cardoso. Auch in Argentinien wächst der Protest, da sich die USA gegen Finanzhilfen sperren. Sogar Mexikos Staatschef Vicente Fox, der sich besonders guter Beziehungen zu Bush rühmt, beklagt, dass Washington ein Abkommen zu Gunsten der illegalen mexikanischen Einwanderer verzögert.



Innenminister Sarkozy

## FRANKREICH Knüppeln nach allen Seiten

Das starke Abschneiden des rechtsextremen Front-national-Führers Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl zeigt umstrittene Nachwirkungen. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verabschiedete die neue konservative Regierung ein Programm

zur Bekämpfung der Kriminalität, das in weiten Teilen von dem ordnungsfanatichischen FN-Chef inspiriert sein könnte. „Ich habe die Geister geprägt“, so Le Pen triumphierend. Trotz überaus angespannter Haushaltslage sind Mehrausgaben von über neun Milliarden Euro für die innere Sicherheit vorgesehen. Polizei und Gendarmerie, ohnehin weitaus massiver präsent als in Deutschland, bekommen 13 500 zusätzliche Dienststellen. „Schlagt nach allen Seiten los“, wies Innenminister Nicolas Sarkozy seine Truppen an. Die Offensive richtet sich vor allem gegen jugendliche Straftäter. So sollen schon 13-Jährige in Haft genommen werden, ab 10 Jahren sind „Erziehungsstrafen“ erlaubt. Minderjährigen Rückfalltätern drohen geschlossene Anstalten. Das Programm setzt fast ausschließlich auf Abschreckung. Die Integration schwieriger Jugendlicher, die größtenteils aus dem Milieu der maghrebinischen Einwanderer stammen, wird vernachlässigt. Sarkozys Motto: „Repression ist die beste aller Präventionen.“